

Volksbefragung vor Aus?

ÖVP, FPÖ und SPÖ stimmten im oö. Landtag für große Änderungen bei Volksbefragungen in Statutarstädten.

VON SILVIA GSCHWANDTNER

LINZ. ÖVP, FPÖ und SPÖ stimmten kürzlich im oberösterreichischen Landtag für eine Änderung des Statuts der Landeshauptstadt. Diese sieht vor, dass Unterschriften für Volksbefragungen nicht mehr im öffentlichen Raum gesammelt werden dürfen. Stattdessen müssen Bürgerinnen und Bürger, die ein Anliegen unterstützen möchten, persönlich zum Magistrat gehen und dort ihre Unterschrift abgeben. Auch digitale Unterschriften sollen nicht möglich sein. Zudem wurde die Frist für die Unterschriftensammlung von

zwölf Monaten auf vier Wochen stark verkürzt. Die Linzer Grünen sowie die KPÖ kritisieren diese Entscheidung scharf und sehen darin eine „massive Einschränkung der direkten Demokratie“.



„Damit wird der direkten Demokratie eine massive Hürde in den Weg gestellt.“

Foto: Grüne Linz

HELGE LANGER

Um eine Volksbefragung in Linz zu starten, müssen vier Prozent der bei der letzten Gemeinderatswahl wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger eine Unterschrift leisten. Laut Grünen-Klubobmann Helge Langer sei es schon bisher schwierig gewesen, genügend gültige Unterschriften zu sammeln. Die neuen Regelungen würden dies weiter verschärfen. „Of-

fenbar sind für ÖVP, FPÖ und SPÖ Einbindung und Mitsprache der Bevölkerung lediglich ein lästiges Ärgernis anstatt einer wertvollen zusätzlichen Meinung“, führt Langer aus.

„Ohnehin zu hohe Hürden“

Auch für die KPÖ ist die Änderung ein „demokratiepolitischer Rückschritt“. „Statt die ohnehin viel zu hohen Hürden für direktdemokratische Initiativen zu senken, werden sie noch weiter erhöht. Das zeigt deutlich, dass es hier nicht um eine Stärkung der direkten Demokratie, sondern um deren weitere Einschränkung geht“, sagt die Linzer KPÖ-Gemeinderätin und Landesvorsitzende Gerlinde Grönn. Dass die Hürden für Volksbefragungen ohnehin bereits hoch wären, zeige, dass es seit der oö. Direkt-Demokratie-Reform 2015 erst eine erfolgreiche Unter-

schriftensammlung in Oberösterreich (Wallern) gegeben hat. Viel Kritik erntet der Beschluss auch von der Initiative „mehr Demokratie OÖ“. Neben den bereits genannten Punkten wird von ihr bemängelt, dass es zukünftig im Ermessen der Mehrheit im Gemeinderat liegt, ob eine offizielle Wahlinformation für eine Volksbefragung ausgesandt wird.



„Für die KPÖ ist das ein demokratiepolitischer Rückschritt.“

Foto: KPÖ Linz

GERLINDE GRÖNN

„Es ist keine Übertreibung, dass die neue Direkt-Demokratie-Reform 2026 Stadt-Volksbefragungen für Bürger:innen faktisch verunmöglicht“, so Erwin Leitner, Sprecher der Initiative „mehr Demokratie OÖ“.

Linzplus: Analyse nach Unfall gefordert

LINZ. Nach einem schweren Unfall Anfang Juli an der Kreuzung Wiener Straße/Lunzerstraße – ein Lkw-Fahrer übersah dort eine Radfahrerin – fordert Linzplus eine umfassende Sicherheitsanalyse der Verkehrssituation vor Ort, da sich Unfälle seit 2022 nach Umbaumaßnahmen dort häufen würden. „Nach Verkehrsunfällen wird meist über Schuld gesprochen. Viel wichtiger ist aber die Frage, wie sich ähnliche Unfälle künftig vermeiden lassen“, so Linzplus-Gemeinderätin Brita Piovesan. Sie fordert eine genaue Analyse der Kreuzung und konkrete Verbesserungen. Besonders wichtig seien dabei Maßnahmen für Radfahrer, Fußgänger und Einsatzfahrzeuge des nahegelegenen Rettungszentrums Süd. „Jeder schwere Unfall ist einer zu viel und zeigt, dass die Verkehrssicherheit weiter verbessert werden muss“, betont Piovesan abschließend.

Mehr Sicherheit für Fußgänger

FPÖ will Fahrradverbot für Fußgänger- und Begegnungszonen prüfen

VON SILVIA GSCHWANDTNER

LINZ. „Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrern und Fußgängern. Gerade ältere Menschen, Familien mit Kindern oder Personen mit eingeschränkter Mobilität fühlen sich durch schnell fahrende Radfahrer unsicher. Fußgängerzonen müssen ihrem Namen wieder gerecht werden – sie sind für Fußgänger da“, findet FPÖ-Gemeinderat Manuel Matsche. Er fordert jetzt eine rechtliche Prüfung, um das Radfahren in Fußgängerzonen sowie in Begegnungszonen „dort, wo es die Sicherheit der Fußgänger erfordern würde“ zu untersagen. Ein Antrag in der letzten Gemeinderatssitzung zur Prüfung eines Fahrverbotes für Fahrräder auf der Landstraße wurde bereits mehrstimmig (Enthaltung von

der KPÖ und Ahoi Linz) angenommen und wird im Mobilitätsausschuss weiter geprüft.



„Fußgängerzonen müssen ihrem Namen wieder gerecht werden.“

Foto: FPÖ Linz

MANUEL MATSCHE

Der für Mobilität zuständige Vizebürgermeister Martin Hajart (ÖVP) betont ebenfalls, dass es wieder „mehr Rücksicht und Vorsicht von allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern“ brauche. Eine Bewusstseinskampagne dafür sei in Planung. Zudem soll die Situation in der Linzer Innenstadt von Polizei und Verkehrsplanern analysiert werden, bevor Maßnahmen folgen können. Bezüglich der Situation in der Landstraße spielt Hajart den Ball zurück an die FPÖ, die



Auf der Linzer Landstraße kommt es häufig zu Konflikten.

Foto: MeinBezirk

bis 2021 mit Markus Hain das Mobilitätsressort verantwortete. Während des Gleis austausches 2016 habe die ÖVP gefordert, fahrradfreundliche Pflasterung zu verlegen, damit Radfahrer nicht verleitet sind, auf den Gehweg auszuweichen. „Dadurch kommt es auf der Landstraße leider verstärkt zu Konflikten zwischen Radfahrern und Fußgängern“, so Hajart. Die FPÖ sei deshalb „mitschuld“ an der Problematik.